
Statement von Agora Energiewende zum Energiewende-Monitoring

Pressemitteilung

Eine erste Einordnung von Julia Bläsius, Direktorin Agora Energiewende Deutschland, zum heute veröffentlichten Energiewende-Monitoring des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und den daraus abgeleiteten politischen Leitlinien der Bundesregierung.

Berlin, 15. September 2025. „Wir begrüßen, dass der Monitoringbericht zur Energiewende Klarheit über den Handlungsbedarf schafft, allerdings lässt die Bundesregierung zentrale Fragen über ihren energiepolitischen Kurs unbeantwortet. Damit fehlt Wirtschaft und Haushalten weiterhin die dringend benötigte Planungssicherheit.

Fest steht: die Entwicklung der Stromnachfrage ist kein Selbstzweck. Eine hohe Stromnachfrage ist Ausdruck einer vitalen Wirtschaft sowie des politischen Willens, die Klimaziele zu erreichen. Annahmen über den künftigen Strombedarf sind damit ein Spiegel der politischen Ambitionen der Bundesregierung bei Zukunftstechnologien. Wie schnell sich eine klimaneutrale Industrieproduktion, Elektrolyseure, Wärmepumpen oder E-Autos etablieren können, hängt – wie auch im Monitoringbericht hervorgehoben – maßgeblich von klima- und industriepolitischen Entscheidungen ab. Diese bestimmen, ob Deutschland sich Wachstumsmärkte sichern kann. Eine konsequente Politik für eine starke Industrie, wachsende Unabhängigkeit von fossilen Energien und das Erreichen der Klimaschutzziele führt nach unseren Berechnungen bis 2030 zu einer Bruttostromnachfrage von rund 700 Terawattstunden.

Den Erneuerbaren-Ausbau auf Basis einer niedrigeren Stromverbrauchsprognose für 2030 zu bremsen, ist kurzsichtig, kostspielig und sendet das falsche Signal an die heimische Wirtschaft. Unabhängig von der Nachfrageentwicklung verteuert ein gedrosselter Zubau von Wind- und Solarenergie den Strompreis 2030 um 2 Cent pro Kilowattstunde – für Haushalte und Unternehmen summieren sich die zusätzlichen Kosten 2030 so auf mindestens 12 Milliarden Euro. Dieser Kurs würde die gerade beschlossene Strompreisentlastung, die das Bundeswirtschaftsministerium mit rund 10 Milliarden Euro Haushaltsmitteln auf 2,4 Cent pro Kilowattstunde beziffert, fast vollständig zunichtemachen.

Anstatt den Rotstift bei den Erneuerbaren Ausbauzielen anzusetzen und so den Strom zu verteuern, sollte die Bundesregierung besser Kostensparpotenziale beim Netzausbau und -betrieb nutzen, um die Strompreise zu senken. Denn unabhängig davon, wie schnell die Stromnachfrage tatsächlich steigt, sichern der konsequente Ausbau Erneuerbarer Energien und ein kosteneffizientes Stromnetz dauerhaft attraktive Strompreise: Davon profitiert die Staatskasse ebenso wie Unternehmen und Haushalte.

Um die Energiewende in den kommenden Jahren erfolgreich und kosteneffizient fortzuführen, kommt es jetzt darauf an, dass sich die Bundesregierung als Gestalterin begreift, statt als Verwalterin. Denn die Entscheidungen dieser Legislatur wirken sich weit über 2030 hinaus auch auf das Erreichen von Klimaneutralität 2045 aus. Zu diesem Ziel hat sich die Bundesregierung wiederholt bekannt. Spätestens im Klimaschutzprogramm muss sie nun

konkrete Maßnahmen für eine beschleunigte Elektrifizierung vorlegen – damit der Umstieg auf Erneuerbare Energien in Industrie, Gebäuden und Verkehr gelingt.“

 **Über Agora Energiewende**

Agora Energiewende erarbeitet unter dem Dach der Agora Think Tanks wissenschaftlich fundierte und politisch umsetzbare Konzepte für einen erfolgreichen Weg zur Klimaneutralität – in Deutschland, Europa und international. Die Denkfabrik agiert unabhängig von wirtschaftlichen und parteipolitischen Interessen und ist ausschließlich dem Klimaschutz verpflichtet.